



Unabhängig. Kritisch. Konstruktiv.

Hochschulgruppe an der
Justus-Liebig-Universität Gießen

Wahlprogramm 2011

Unsere Uni. ist eine parteiunabhängige, fachbereichsübergreifende Liste, die sich während des Bildungsstreiks 2009 gebildet hat und der sich nun die Hochschulgruppe "Offene Liste Phil. I" angeschlossen hat. Unser erstes Wahlprogramm basierte in vielen Punkten auf der „Gießener Erklärung¹“, die im November 2009 als Höhepunkt der Bildungsstreikaktivitäten auf einer Vollversammlung von über 2.000 Studierenden verabschiedet wurde. Die studierbare Gestaltung von Studiengängen ist immer noch ein zentrales Anliegen von Unsere Uni., jedoch erachten wir auch weitere Ziele für äußerst bedeutsam: Wir beteiligen uns aktiv im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) sowie im Studierendenparlament (StuPa) und sind in den verschiedensten Gremien und Kommissionen für euch aktiv.

Wir glauben daran, dass durch engagierte Hochschulpolitik in vielen kleinen Schritten unsere Universität – das heißt die Universität von allen Studierenden aller Fachbereiche – verbessert werden kann!

- 1. Freie Bildung für alle und eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen!**
- 2. Studiengänge studierbar gestalten!**
- 3. Chancengleichheit verwirklichen!**
- 4. Master für ALLE!**
- 5. Für mehr Transparenz und eine bessere Informationspolitik!**
- 6. Mitbestimmung stärken! Gremienarbeit intensivieren!
Direktdemokratische Instrumente nutzen!**
- 7. Ökologische und nachhaltige Universität**
- 8. Weltoffene Universität in gesellschaftlicher Verantwortung!**

¹ Die „Gießener Erklärung“ ist ein mehrseitiger Forderungskatalog, der im Rahmen des Bildungsstreiks 2009 erarbeitet wurde. Die „Gießener Erklärung“ ist unter folgendem Link abrufbar: http://protest-giessen.de/wp-content/uploads/2009/11/Giessener-_Erkl%C3%A4rung_2411.pdf.

1. Freie Bildung für alle und eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen!

Bildung ist ein Menschenrecht und muss immer frei zugänglich sein. Wir lehnen jede Form von Studien- und Verwaltungsgebühren ab und werden uns auf allen Ebenen gegen die Erhebung solcher einsetzen. Die Finanzierung der Hochschulen muss sich am tatsächlichen Bedarf orientieren! Kürzungen am Bildungssystem sind generationenungerecht, gesellschaftlich kurzsichtig und nicht hinnehmbar! Wir fordern die hessische Landesregierung auf, die finanziellen Bedürfnisse der Universitäten ernst zu nehmen und von ständigen Kürzungen wie im 2010 beschlossenen Hochschulpakt endlich Abstand zu nehmen!

2. Studiengänge studierbar gestalten!

Im vergangenen Jahr haben wir uns aktiv für die Umsetzung der „Gießener Erklärung“ eingesetzt. So haben wir uns sowohl aktiv am Monitoring-Prozess² beteiligt, als auch im Senat und AStA alles dafür getan, um diese Ziele schnellstmöglich umzusetzen und so studierbare Studiengänge in allen Fachbereichen zu schaffen. Zwar haben wir im Rahmen dieses Engagements viele konkrete Verbesserungen auf den Weg gebracht, jedoch gibt es in sehr vielen Studiengängen immer noch dringenden Handlungsbedarf.

Unser Ideal ist ein Studium, indem sich jede und jeder individuell entfalten kann. Studiengangstrukturen, die eine solche Entfaltung verhindern und auf die individuellen Bedürfnisse sowie Interessen der einzelnen Studierenden keine Rücksicht nehmen, lehnen wir grundsätzlich ab. Gemeinsam mit euch allen wollen wir die Verbesserung der Studiengänge weiter vorantreiben!

Deshalb fordern wir:

- Die Fortsetzung eines konstruktiven Dialogs aller Akteure an der Universität über die studierbare Umgestaltung der Studiengänge. Eine weitreichende Studienreform lässt sich nur gemeinsam verwirklichen!

² Im Rahmen der Verhandlungen einer Studierendendelegation des Bildungsstreiks mit dem Präsidium im November und Dezember 2009 wurde vereinbart eine Monitoring-AG einzurichten, die die Umsetzung der von der Hochschulleitung versprochenen Reformen im Jahre 2010 überwacht.

- Weiter dafür Sorge zu tragen, dass die universitätsweite Abschaffung der Anwesenheitspflicht weiter vorangetrieben wird, da wir die Entmündigung von uns Studierenden durch Anwesenheitskontrollen strikt ablehnen!
- Das Recht für alle Studierende in der Endnotenberechnung ein Drittel aller Modulnoten ausklammern zu können. Dieses Ziel ist bereits in einigen Studiengängen erreicht worden!
- Ein größtmögliches Maß an Wahlfreiheit und inhaltlicher Spezialisierung. Wir haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Studium! Außerdem ist bei der Planung von Studiengängen darauf zu achten, dass Auslandsaufenthalte ohne Nachteile möglich sind.
- Die zügige Besetzung vakanter Professuren und sichere Arbeitsplätze an der Universität. Die Aufrechterhaltung der Lehre über kurzfristige Lehraufträge darf kein Dauerzustand sein.
- Einen freien Zugang zur Bildung. Sämtliche Zugangsbeschränkungen sind abzuschaffen. Jede und jeder soll das Recht haben nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen zu studieren.

3. Chancengleichheit verwirklichen!

An unserer Uni darf niemand aufgrund von Herkunft, Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Glauben diskriminiert oder benachteiligt werden. Wir stehen für die Abschaffung aller Hürden und Barrieren, die der Aufnahme eines Studiums im Wege stehen oder das Studium erschweren. Die Chancengleichheit aller Studierenden muss gewährleistet sein.

Deshalb fordern wir:

- Eine effektive Frauenförderung zum Abbau der Diskriminierung. Wir sind für die Durchsetzung der Gleichberechtigung auf allen Ebenen.
- Die deutliche Ausweitung des BAföGs und die Abschaffung des Kreditanteils. Sowohl die Berechnungsfreibeträge, als auch die direkten Förderleistungen sind deutlich zu erhöhen!
- Eine bessere Beratung sowie ein besseres Studienangebot für Teilzeitstudierende. Die Tatsache, dass ein Teilzeitstudium Realität für viele Studierende ist, muss sich in den Betreuungs- und Beratungsangeboten sowie in der Studiengangsgestaltung deutlich stärker als bisher niederschlagen!

- Die Ausweitung von Unterstützungs-, Betreuungs- und Beratungsangeboten für Studierende mit Kind, Studierende mit Behinderung und ausländischen Studierenden.
- Ausländischen Studierenden muss es erleichtert werden, an deutschen Hochschulen studieren zu können – unabhängig davon, ob sie einen EU-Pass haben oder nicht!
- Die Betreuung internationaler Studierender sowie Studierender, die beabsichtigen ins Ausland zu gehen, ist zu verbessern.
- Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention an unserer Uni.

4. Master für ALLE!

Wie in der „Gießener Erklärung“ fest verankert, fordern auch wir Masterplätze für Alle! Jede und jeder Bachelor-Absolvierende muss einen rechtlichen Anspruch auf einen Masterplatz haben. Eine Selektion der besten 20 oder 30 Prozent eines Bachelor-Jahrganges lehnen wir ab. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die Abschlussnote für die Vergabe eines Masterplatzes kein Kriterium sein darf.

5. Für mehr Transparenz und eine bessere Informationspolitik!

Unsere Uni. setzt sich für eine transparente und moderne Informationspolitik an der Justus-Liebig-Universität ein. Sowohl in der universitären, als auch in der studentischen Selbstverwaltung besteht hierbei großer Handlungsbedarf. Es ist nicht hinnehmbar, dass nur ein kleiner Teil von Studierenden weiß, wie man sich bei den öffentlichen Senats-, Fachbereichs-, StuPa- oder AStA-Sitzungen einbringen kann oder was diese Gremien überhaupt leisten. Wir haben uns im letzten Jahr auf verschiedenen Ebenen dafür eingesetzt, dass die Informationspolitik des AStAs, unter anderem durch eine neue Homepage, regelmäßige Live-Streams, die Veröffentlichung von Protokollen sowie die regelmäßige Herausgabe einer AStA-Zeitung, transparenter wird. Im Rahmen unserer Arbeit im StuPa und AStA haben wir uns für öffentliche Informationskästen und eine aktive Bewerbung der StuPa-Sitzungen eingesetzt. Dieses Ziel wurde hauptsächlich durch das Engagement der Hochschulgruppe „Offene Liste Phil. 1“ erreicht.

Durch die neue HelferInnen-Datenbank auf der AStA-Homepage können Studierende nach einem fairen Verfahren an Plakatiertätigkeiten, Flyerverteilungen und andere Jobs gelangen. Auch in der neuen Satzung der Studierendenschaft konnten wir grundlegende Regelungen einbauen, die bereits zu einer größeren Transparenz und verbesserten Informationspolitik beigetragen haben.

Eine transparente Informationspolitik ist die notwendige Basis für eine breite Beteiligung der Studierenden an hochschulpolitischen Entscheidungen!

Unsere Uni. steht für:

- Eine offene und transparente Ausgestaltung der Hochschulpolitik. Gemeinsam mit allen Interessierten wollen wir sämtliche Beteiligungshürden an hochschulpolitischen Prozessen abbauen. Hochschulpolitik geht alle Studierende etwas an! Daher stehen wir für eine universitätsweite Aufstellung weiterer Informationskästen und eine Plakatierordnung ein.
- Finanzielle Transparenz: Da die Verfasste Studierendenschaft ein großes Budget verwaltet. Umso wichtiger ist, darauf zu achten, dass mit den Mitteln der Studierenden sorgsam umgegangen wird. Die größtmögliche Transparenz der finanziellen Situation sowie der finanziellen Tätigkeiten des AStAs sind immer noch erklärtes Ziel unserer Liste. Die Studierenden haben ein Recht zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht!

6. Mitbestimmung stärken! Gremienarbeit intensivieren! Direktdemokratische Instrumente nutzen!

Die „Gießener Erklärung“, der Monitoring-Prozess und die zu 50 Prozent mit Studierenden besetzten Kommissionen zur Vergabe der QSL-Mittel³ haben gezeigt, dass die substantielle Beteiligung von Studierenden an zentralen Entscheidungen erheblich zur Qualität und Nachhaltigkeit dieser beiträgt. Wir kritisieren, dass die über 24.000 Studierende (90% der „Mitglieder“ der JLU Gießen) an der Universität in allen wichtigen Hochschulgremien nur eine kleine Minderheit stellen!

Daher fordern wir die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Studierenden in *sämtlichen* universitären Gremien! In diesem Sinne haben wir uns im vergangenen

³ Mittel zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre.

Jahr nachdrücklich für die Gründung einer Lehramtsfachschaft sowie die Beteiligung von studentischen Vertreterinnen und Vertretern im Zentrum für Lehrerinnen- und Lehrerbildung eingesetzt.

Unsere Uni. steht für eine unabhängige, konstruktive und kritische Gremienarbeit. Ob im Verwaltungsrat des Studentenwerks, der Senatskommission Studiengänge oder der Senatskommission Grundordnung, Unsere Uni. nimmt die Gremienarbeit sehr ernst! Bei uns werden Gremien nicht nach Parteibuch oder Listenzugehörigkeit, sondern nach Kompetenz und Verlässlichkeit besetzt. Auf der Ebene der studentischen Selbstverwaltung waren wir maßgeblich an der Etablierung einer neuen Satzung beteiligt. Diese ermöglicht studentische Urabstimmungen und enthält für die Fachschaften eine Vielzahl an vorteilhaften Regelungen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Instrument der Urabstimmung bei wichtigen Entscheidungen Anwendung findet! Die Fachschaften sind unserer Ansicht nach das Rückgrat der Hochschulpolitik. Wir sprechen uns für starke und autonome Fachschaften aus und wollen die Fachschaftsarbeit auch in Zukunft tatkräftig unterstützen!

7. Ökologische und nachhaltige Universität

Klimawandel und aktiver Umweltschutz sind gesellschaftliche Querschnittsthemen, die auch an unserer Uni ihren Niederschlag finden müssen. Darunter fällt unter anderem auch der öffentliche Personennahverkehr. Wir sind der Meinung, dass sich auch die Hochschule am aktiven Umweltschutz beteiligen muss!

Deshalb fordern wir:

- Den Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Universität.
- Die Schaffung neuer und sicherer Fahrradwege sowie das Anlegen befestigter Fußwege. Letzteres betrifft vor allem das Philosophikum 2. Der Matschweg muss weg!
- Die Ausweitung der Verwendung von Recyclingpapier an unserer Uni!
- Die Einführung von Mülltrennung an unserer Uni! Dies kann durch die Aufstellung entsprechender Müllbehälter gewährleistet werden.
- Die Umsetzung einer modernen Wärmedämmung sowie das Herunterdrehen der Heizungen auf ein Minimum in der Nacht!
- Erneuerbare Energien statt Atomstrom!

8. Weltoffene Universität in gesellschaftlicher Verantwortung!

Unsere Uni. steht für kulturelle Vielfalt und Toleranz. Wir sprechen uns ausdrücklich gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und kulturelle Diskriminierungen an unserer Uni aus. Weltoffenheit beinhaltet auch die Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit mit anderen Universitäten. Hierfür könnten die Erasmusbüros in internationale Büros umgewandelt werden.

Gleichzeitig sehen wir unsere Hochschule auch in gesellschaftlicher Verantwortung. Unsere Universität wird durch gesellschaftliche Ressourcen finanziert. Hieraus ergibt sich für uns die Pflicht zu einem gesellschaftlich verantwortungsvollen Handeln in Forschung und Lehre. Wir setzen und daher aktiv für die Aufnahme einer „Zivilklausel“ in die Grundordnung der Universität ein, mittels der Wehr- und Rüstungsforschung an der Justus-Liebig-Universität unterbunden und Forschung und Lehre rein friedlichen und zivilen Zielen verpflichtet werden. Nur so kann dem universitären Leitbild der „Lebenswissenschaften“ und der historischen Verantwortung nachgekommen werden.

Hast du noch weitere Fragen?

Oder Interesse an Hochschulpolitik bekommen?

Lass uns unsere Uni gemeinsam verbessern!

Melde dich einfach bei uns! Wir warten auf dich!

www.unsereuni.eu.ki

<http://twitter.com/UnsereUniPunkt>

unserunipunkt@gmx.de

**Die Urnenwahl findet von Mittwoch, 19. Januar bis
Dienstag, 25. Januar 2011 statt!**

Wahllokale und Wahlzeiten:

Juridicum, Licher Straße 68, 9.00 - 16.00 Uhr

Audimax Phil II, Karl-Glöckner-Str.21, 9.00 - 16.00 Uhr

Neue Mensa, Otto-Behagel-Straße 27, 9.00 - 16.00 Uhr

IFZ für Umweltsicherung, Heinrich-Buff-Ring 9.00 - 16.00 Uhr

Uni-Hauptgebäude, Ludwigstraße 23 9.00 - 16.00 Uhr

Frankfurter Str. 100, Flur Hörsaalgebäude 9.00 - 16.00 Uhr

Otto-Eger-Heim, Leihgesterner Weg 16 9.00 - 16.00 Uhr

**GEHT WÄHLEN,
DENN ES GEHT UM**

UNSERE UNI.